

## Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde **Niederthalheim**,

am **26. April 2007**

Tagungsort: **Sitzungszimmer des Gemeindeamtes**

### **Anwesende:**

1. Bgm. Johann Öhlinger , als Vorsitzender
2. Vzbgm. Hubert Minihuber
3. GV. Franz Seiringer
4. GR. Helmut Langmayr
5. GR. Johann Mayrhofer
6. GR. Ing. Johann Steinhuber
7. GR. Heinrich Lidauer
8. GR. Andrea Hauer
9. GR. Waltraud Schimpl
10. GR. Heinz Voraberger
11. GR. Rupert Kaser
12. GR. Karl Bergthaler

### **Ersatzmitglieder:**

Ers. Mitgl. Friedrich Hamminger **fr** GR. Erich Berlesreiter

**Leiter des Gemeindeamtes:** Gem.Sekr. Josef Öhlinger

**Fachkundige Personen** (§66 Abs.2, GemO. 1990):

**Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen** (§18 Abs. 4, GemO. 1990)

### **Es fehlen:**

entschuldigt:

GR. Erich Berlesreiter

unentschuldigt:

**Der Schriftführer:** Gem. Sekr. Josef Öhlinger

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- b) die Verständigung hiezu an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 17. 04. 2007 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;  
  
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 01. 02. 2007 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Sodann gibt der Vors. noch folgende Mitteilungen:

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine „Gedenkminute“ für den kürzlich verstorbenen, ehemaligen Vizebürgermeister, Friedrich Huber gehalten.

### **Tagesordnung, Beratungsverlauf und Beschlüsse:**

#### 1. Bericht des Bürgermeisters

##### RHV Schwanenstadt – Sitzung am 06. 03. 2007

Betreffend die Gemeinde Niederthalheim wurden die Wartungsvereinbahrungen für die Pumpwerke im Rahmen des Kanalbauabschnittes 04 ( Hehenberg, Albertsham und Wufing) vom Verband beschlossen.  
Weitere Tagesordnungspunkte waren eine Rechnungsprüfung und der Rechnungs- und Kassenabschluss für das Finanzjahr 2006

##### Rotil-Aufsuchungs-AG (RAG) – Besprechung am 20. 03. 2007

Diese Zusammenkunft fand am Gemeindeamt in Ottwang a. H. mit den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden statt. Die RAG wird heuer in unserer Region eine Befahrung mit Sonderierungsfahrzeugen durchführen, wobei u. a. auch das Gemeindegebiet Niederthalheim befahren wird. Es sind auch Gemeinden in den Bezirken Wels-Land und Gmunden betroffen.  
In dieser Verhandlung wurde u. a. eine Übereinkunft über die Abgeltung von Flurschäden getroffen. Bei den Arbeiten im Gemeindegebiet wird das Gemeindeamt 4 Wochen vorher verständigt, und werden die betroffenen Grundflächen mitgeteilt.

##### Bürgermeisterkonferenz am 20. 03. 2007

Dabei wurde das Integrationsleitbild des Landes Ö. vorgestellt. Ziel ist die bessere Integration des ausländischen Bevölkerungsanteils, der im Bezirk Vöcklabruck 6,2 % - incl. deutscher Staatsbürger - 7,2 % beträgt.  
Weiters wurde das Hilfswerk „ASISTA- mobile Dienste“ vorgestellt.  
Ein längeres Thema waren die Sicherheitsthemen im Bezirk, insbesondere der sog. „Jugendschutz-Award“. Dabei werden Feste und Veranstaltungen von den Jugendlichen im Hinblick auf den Jugendschutz bewertet. Dabei geht es hauptsächlich um die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen und Altersgrenzen, auch inbezug auf Alkohol und Zigaretten. Im Vorjahr hat leider keine einzige Veranstaltung im Bezirk Vöcklabruck die Voraussetzungen für eine Preisverleihung erfüllt.  
Seitens der Bezirkshauptmannschaft wurde mitgeteilt, dass künftig bei groben Verstößen gegen die Jugendschutzbestimmungen auch mit Strafen für die Veranstalter zu rechnen ist.  
Die Bewertungen zum „Jugendschutz-Award“ werden auch heuer durchgeführt.  
In diesem Zusammenhang wurde auch eine Resolution der Bürgermeister – allerdings nicht einstimmig – auf eine generelle Festsetzung der Sperrstunde mit 3.00 Uhr beschlossen.

Ein weiterer Punkt war das Regionale Verkehrskonzept, wozu Herr DI. Holzer vom Amt der ö. Landesregierung anwesend war. Nach Aussagen von DI. Holzer, sollten all jene Gemeinden, die dem Verkehrskonzept bisher nicht beigetreten sind, ihre Entscheidung nochmals überdenken, und sich doch für einen Beitritt entscheiden. Es sind dies insgesamt 17 Gemeinden im Bezirk – darunter jene aus der Region, wie Ottnang, Manning, Atzbach und Niederthalheim, weiters Gemeinden im Mondseeland, und andere. Seitens der bisher nicht beigetretenen Gemeinden wurde allerdings keine Bereitschaft zur Teilnahme signalisiert.

#### BAV – Sitzung am 12. 04. 2007

Dabei wurde der Rechnungsabschluss 2006 genehmigt. Weiters wurde eine Vereinbarung zwischen BAV und der Fa. AVE, betreffend das neu errichtete Altstoffsammelzentrum beschlossen. Dieses ASZ gehört dem BAV und befindet sich am Gelände der Fa. AVE in Redlham.

Baubeginn für das neue ASZ in St. Georgen i. A wird Anfang Mai 2007 sein.

#### Bauverhandlung Güterweg Oberau am 19. 04. 2007

Es wurde dabei eine Interessentengemeinschaft gebildet, und ist beabsichtigt den Güterweg bis 2009 staubfrei fertigzustellen. Dazu wird noch ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich sein, weil der Gemeindebeitrag bei diesem Weg anstatt 25 % nunmehr 27,3 % beträgt.

## 2. Bericht des Prüfungsausschusses

Zum TOP wird der schriftliche Bericht über die Prüfungsausschuss-Sitzung am 19. 04. 2007 von der Obfrau des Ausschusses, Frau GR. Schimpl, verlesen.

Im Zusammenhang mit den Plankosten für die Flächenwidmungsplanänderungen stellt GR. Bergthaler die Anfrage, bezüglich der Abrechnung für die Erstellung des ÖEK und des Gesamt-Flächenwidmungsplanes. Der Vors. erklärt dazu, dass diese Arbeiten abgerechnet sind. Es wurden gegenüber den Angebot keine zusätzlichen Kosten bezahlt. Die aktuellen Änderungen werden gemäß den Honorarrechnungen bezahlt. GR. Kaser schlägt dazu vor, diese Zahlungen anhand der Honorarverordnung für Zivilingenieure zu überprüfen.

Nachdem anschließend auf die Anfrage des Vors. keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, wird der Prüfungsbericht über

**A n t r a g** des Vors. **e i n s t i m m i g** zur Kenntnis genommen.

## 3. Beschlussfassung des Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2006

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses wurde den Fraktion übermitteln, und vom Prüfungsausschuss geprüft. In der anschließenden Diskussion stellt GV. Seiringer fest, dass der Überschuss von € 17.625,84 hauptsächlich dadurch bedingt ist, weil die Kindergartengangsdeckung nur € 4.924,74 beträgt, obwohl € 35.000,00 im Voranschlag vorgesehen waren. Die Kostenverringerung ist durch die Umstellung des Abrechnungssystems des Kindergartens begründet. Der heutige Rechnungsabschluss beinhaltet lediglich die Abgangsdeckung für die Monate September bis Dezember 2005. Die Abrechnung für das gesamte Jahr 2006 wird dadurch erst im Rechnungsergebnis 2007 wirksam.

GR. Kaser verweist auf die Höhe des Schuldendienstes, der sich durch die anstehenden Bauvorhaben – Kanalbau BA04 und Sportplatzbau – noch erhöhen wird. Der Vors. verweist dazu auf die vorliegenden Finanzierungspläne, und hofft, dass aufgrund einer guten Ertragslage die Anteilsbeträge seitens der Gemeinde geleistet werden können. Nachdem anschließend keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vors. den

**A n t r a g** den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2006, gemäß dem vorliegenden Entwurf, zu beschließen.

**B e s c h l u s s** : Einstimmig angenommen.

## 4. Abschluss eines Abfuhrvertrages für die Abfallentsorgung

Der bisherige Vertrag mit der AVE ist nach 10-jähriger Laufzeit ausgelaufen. Deshalb liegt nunmehr ein neuer Vertrag zur Beschlussfassung vor, der den Mitgliedern des Gemeinderates bereits vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wurde.

Es wurde auch die Fa. Gradinger eingeladen ein Angebot zu legen. Obwohl die notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, ist kein Angebot eingelangt.

Die Preise für die Abfuhr haben sich gegenüber dem Altvertrag – abgesehen von der indexbedingten Steigerung - nicht geändert. Im Vertrag ist ein gegenseitiger 10-jähriger Kündigungsverzicht enthalten. Nach dieser Zeit verlängert sich der Vertrag automatisch um jeweils ein weiteres Jahr, wenn keine Kündigung ausgesprochen wird. GR. Kaser spricht die im Vertrag erwähnte 110-Liter-Tonne an, die es laut gültiger Gemeindeverordnung gar nicht geben dürfte. Dazu stellt der Vors fest, dass laut Vertrag der Entleerungspreis von 90-Liter und 110-Liter-Tonnen gleich ist. Anschließend wird dazuüber eine eventuelle Erhebung der verwendeten 110-Liter-Tonnen diskutiert.

GR. Steinhuber bringt vor, dass bei einem Ein-Personen-Haushalt des Öfteren die Abfalltonne vom Abfuhrunternehmen nicht entleert wurde, weil die Abfalltonne nicht voll war. Dazu sagt der Vors., dass in solchen Fällen sofort das Gemeindeamt verständigt werden soll. Dort kann dann sofort mit dem Fahrer des Sammelwagens Kontakt aufgenommen werden.

Am Ende der Debatte stellt der Vors. den

**A n t r a g** den Abfuhrvertrag mit der AVE zur Abfallsammlung in der Gemeinde Niederthalheim, welcher als Beilage 1 dieser Verhandlungsschrift angeschlossen ist, und einen wesentlichen Bestandteil derselben bildet, zu beschließen.

**B e s c h l u s s** : Einstimmig angenommen.

5. Finanzierungsplan für die Umbaumaßnahmen an der Volksschule ( Dachsanierung und Schallschutzmaßnahmen)

Die Kosten für dieses Bauvorhaben betragen lt. Abrechnung € 213.912,00 – incl. der Schallschutzmaßnahmen. Gegenüber dem bisherigen Finanzierungsplan von rund € 281.000,00 ergibt sich daher eine nicht unwesentliche Kostenverringerung, obwohl die Schallschutzmaßnahmen noch zusätzlich vorgenommen wurden.

Anlässlich einer Vorsprache bei LH Dr. Rühringer wurde versucht, die bisher zugesagten Finanzmittel für 2007 von gesamt € 100.000,- ( € 50.000,00 Landeszuschuss, und € 50.000,00 BZ-Mittel), trotz der verringerten Kosten, in voller Höhe zu bekommen. Dieses Ziel konnte erreicht werden.

Zur diesbezüglichen Anfrage von GV. Seiringer sagt der Vors., dass aufgrund der Kostenverminderung die Beschlussfassung eines neuen – den tatsächlichen Kosten entsprechenden – Finanzierungsplanes notwendig ist. Die Finanzmittel für 2007 wurden seitens des Landes bereits überwiesen.

Nachdem anschließend zum TOP keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt der Vors. den

**A n t r a g** zur Volksschulsanierung ( 1. Etappe) folgenden Finanzierungsplan zu beschließen:

Finanzmittel	bis 2006	2007	2008	Gesamt
Anteilsbetrag o.H.	23.912			23.912
Landeszuschuss	45.000	50.000		95.000
Bedarfszuweisung	45.000	50.000		95.000
<b>Gesamt</b>	<b>113.912</b>	<b>100.000</b>		<b>213.912</b>

**B e s c h l u s s** : Einstimmig angenommen.

6. Übereinkommen zur Gehsteigerrichtung in Iming

Für die beabsichtigte Gehsteigerrichtung in Iming – samt Bau einer Bushaltebucht – ist mit der Landesstraßenverwaltung ein Übereinkommen abzuschließen. Dies ist Grundvoraussetzung damit überhaupt eine

Realisierung des Vorhabens erfolgen kann. In diesem Übereinkommen wird u. a. geregelt, dass die Gemeinde einen Anteil an den Grundeinfahrts- und an den Baukosten von jeweils 50 % zu tragen hat. Weiters enthält dieses Übereinkommen Vereinbarungen bezüglich Erhaltung und Winterdienst. Der Text des Übereinkommens wurde den Mitgliedern des Gemeinderates vollinhaltlich zu Kenntnis gebracht.

Laut Projekt – welches in der Debatte vorliegt – wird der Gehsteig von der Busbucht im Bereich des Hauses Franz u. Monika Simmer, bis zur Grundeinfahrt Alois Schick, in einer Höchstbreite von 1,5 Metern geführt. Das Projekt wurde den betroffenen Grundbesitzern von der Gemeinde und der Straßenmeisterei bereits vorgestellt. Es gibt derzeit allerdings einen Grundeigentümer, der noch nicht bereit ist den notwendigen Grund zur Verfügung zu stellen. Alle übrigen Grundeigentümer haben – zumindest mündlich – zugesagt die erforderlichen Grundflächen abzutreten. Die einzelnen abzutretenden Flächen halten sich in Grenzen. Sie sind aus dem vorliegenden Projekts-Grundeinfahrtsplan zu entnehmen.

Wie der Vors. weiter ausführt, ist die Beschlussfassung des Übereinkommens die Grundlage für die weiteren Schritte bei diesem Vorhaben. Als Nächstes wird vom Land OÖ eine Grundeinfahrts- und Bauverhandlung ausgeschrieben. Im Gemeinderat wird anschließend über das vorliegende Projekt eingehend diskutiert, wobei auch die Gehsteigführung auf der anderen Straßenseite angedacht wird. Der Vors. stellt dazu fest, dass die Busbucht in jedem Fall lt. vorliegendem Projekt zu situieren ist, und deshalb eine Straßenüberquerung für den östlichen Siedlungsbereich von Iming immer notwendig sein wird.

Die Gesamtbaukosten werden vom Land OÖ – ohne Grunderwerbskosten – mit rund € 53.000,- beziffert. Diese Kosten werden je zu 50 % zwischen dem Land OÖ und der Gemeinde Niederthalheim geteilt. Der Vors. führt dazu aus, dass derzeit eine Novelle des Straßengesetzes in Ausarbeitung ist, wonach die Gemeinden bei derartigen Vorhaben künftig 100 % der Kosten zu übernehmen haben.

Dazu bringt GR. Kaser die Gehsteigfertigstellung in Niederthalheim zur Sprache und stellt fest, dass für die notwendige Hauseinführung dann die Gemeinde die vollen Kosten zu tragen hat. Der Vors. verweist dazu auf die Stellungnahme des Landes, wonach eine Abföhrung des Hauses erst nach Ableben des Inwohners in Frage kommt. Dann wird allerdings die zum Zeitpunkt der Einföhrung geltende Rechtslage herangezogen.

In weiterer Folge wird über die Winterdienstverpflichtung gesprochen, wobei der Vors. ausführt, dass lt. Straßenverkehrsordnung die Räum- und Streupflicht auch dann besteht, wenn kein Gehsteig vorhanden ist. Am Ende dieser Debatte stellt der Vors. den

**A n t r a g** das vorliegende Übereinkommen welches als Anlage 2 dieser Verhandlungsschrift angeschlossen ist, und einen wesentlichen Bestandteil derselben bildet, zur Gehsteigerrichtung in Iming, zu beschließen.

**B e s c h l u s s** : Einstimmig angenommen.

#### 7. Resolution betreffend den Schwerverkehr auf der B 135

Im Hinblick auf die ständigen Probleme mit dem Schwerverkehr ruft der Vors. die verschiedenen Initiativen zur Eindämmung des LKW-Verkehrs, bzw. zur Temporeduktion im Ortsgebiet, in Erinnerung. Es handelt sich dabei einerseits um den Bau von Fahrbahnteilern, andererseits um die Aufstellung einer Radar-Fixstation. Beide Maßnahmen sind sehr teuer, und ist der Bau von Fahrbahnteilern laut Verkehrsexperten auch nicht überall sinnvoll. In diesem Zusammenhang sieht der Vors. die Resolution der Stadtgemeinde Vöcklabruck zum Thema „LKW-Maut-Ausweichverkehr“ als sinnvolle Maßnahme die Verantwortlichen des oö. Landtages an die Verschärfung der LKW-Ausweichverordnung zu erinnern. Ein Resolutionstext ist an sämtliche Mitglieder des Gemeinderates ergangen, und stellt der Vors. diesen zur Diskussion.

In der folgenden Debatte wird über Sinn und Wirkung der Resolution eingehend debattiert, wobei zum Ausdruck kommt, dass durch die Resolution die Bestimmungen betreffend die Ausnahmen im Rahmen der LKW-Ausweichverordnung enger gefasst werden sollten. Es muss eine Exekutierbarkeit des Gesetzes ermöglicht werden. Außerdem sollte darauf hingewirkt werden, dass die Gemeinden der Region, bzw. die Gemeinden entlang der B 135, ebenfalls Resolutionen in diesem Sinne beschließen.

Da die Mitglieder des Gemeinderates die Resolution befürworten, stellt am Ende dieser längeren Debatte der Vors. den

**A n t r a g** die Resolution – sh. Anlage 3 – zum LKW-Maut-Ausweichverkehr zu beschließen.

**B e s c h l u s s** : Einstimmig angenommen.

#### 8. Allfälliges

Zur Resolution betreffend Koronarangiographie am LKH Vöcklabruck wird die Stellungnahme der Sanitätsabteilung, Krankenanstaltenplanung und Wirtschaftsaufsicht, vom 23. 03. 2007 verlesen, und wird anschließend über diesen Gegenstand ausführlich debattiert.

Zur Anfrage von GR. Bergthaler, betreffend die geplante Siedlungserweiterung im Bereich der Wagner-Gründe sagt der Vors., dass die Planskizze zum Straßenverlauf erst kurz vor Sitzungsbeginn eingetroffen ist. Es hat sich daher noch keine Gelegenheit ergeben mit dem Grundbesitzer darüber zu reden. Dies wird allerdings in nächster Zeit geschehen.

Weiters weist GR. Bergthaler darauf hin, dass für die Nachfolge von Friedrich Huber beim Gehsteig-Winterdienst bereits jetzt Vorsorge getroffen werden muss. Dazu sagt der Vors., dass er in der nächsten Gemeindezeitung eine entsprechende Information veröffentlichen, bzw. mit eventuellen Interessenten direkte Gespräche führen wird.

Zur Anfrage von GR. Mayrhofer betreffend die Klage auf Entschädigung gemäß BORG., sagt der Vors., dass von der zuständigen RichterIn nunmehr ein Sachverständiger zur Abgabe eines Gutachtens über die beantragte Entschädigungslöhe beauftragt wird. Gutachter ist Herr Dr. Strauchs aus Vöcklabruck. Die Kosten hierfür haben sich die beiden Streitparteien zu teilen.

GR. Hauer regt die Gehweg- oder Radwegerrichtung von Oberau nach Niederthalheim an. Auf dieser Strecke sind sehr viele Spaziergänger, Radfahrer und Walker unterwegs. Laut Vors. sind derartige Vorhaben beim Land OÖ zu beantragen, und wird die Gemeinde mit einer 50 %-igen Kostenbeteiligung zu rechnen haben. Er wird dazu mit Strm. Engländer Kontakt aufnehmen.

GV. Seiringer teilt mit, dass am Montag, 07. Mai 2007 das neue Feuerwehrfahrzeug – LF-A – für die FF. Niederthalheim abgeholt wird. Am Mittwoch den 09. Mai 2007 wird das Fahrzeug im Rahmen der monatlichen Übung vorgestellt.

GV. Seiringer will die Anzahl der Anmeldungen für das „Betreubare Wohnen“ wissen, wozu der Vors. mitteilt, dass derzeit 23 Anmeldungen vorliegen. Diese Anmeldeunterlagen werden der Sozialabteilung des Landes zur Prüfung vorgelegt.

Zur Anfrage von GV. Seiringer betreffend Sportplatzvergrößerungsbau sagt der Vors., dass die Prüfung des Einreichplanes abgeschlossen ist. In nächster Zeit wird die Bauverhandlung stattfinden.

Zu den fehlenden € 30.000,- an Sportverbandsmitteln sagt der Vors., dass nach Vorsprache beim LH Rühringer nunmehr seitens des Landessportbüros noch € 20.000,- gewährt werden. Somit ergibt sich noch ein Fehlbetrag von € 10.000,-, gegenüber den ursprünglichen Zusagen.

Zur weiteren Anfrage von GV. Seiringer, betreffend Jugendraumerrichtung sagt der Vors., dass bei Bmstr. Doppler eine Kostenschätzung in Auftrag gegeben wurde. Bei der Vorsprache am 3. Mai 2007 bei LR Stockinger wird diese Kostenschätzung der Gemeindeabteilung übergeben.

GR. Steinhuber bringt die Wohnblockerrichtung zur Sprache, wozu der Vors. feststellt, dass das große Problem in diesem Bereich am fehlenden Bedarfsnachweis liegt. In verschiedenen Gesprächen wurde auch die Möglichkeit einer Kombination mit dem „Betreubaren Wohnen“ angesprochen. In diesem Zusammenhang wird auch über das Problem der „Abwanderung“ diskutiert.

Zur Anfrage von GR. Schimpl zum Kanalanschluss Pflügl Hubert, Oberau, sagt der Vors., dass dieser Anschluss bisher nicht vollzogen wurde.

Der Vors. gibt bekannt, dass am 08. Mai 2007 eine Sitzung des Bauausschuss stattfindet. Dazu gibt der Vors. einen Überblick über die Straßenbauarbeiten im Zuge des Kanalbaues.

GR. Langmayr bringt die Materialablagerungen auf Privatgrund, - bzw. die Inanspruchnahme von Privatgrund im Zuge der Bauarbeiten - beim Kanalbau zur Sprache, wozu der Vors. feststellt, dass dies auf den privaten Abmachungen beruht.

Der Vors. teilt mit, dass Frau Juliane Kumpfmüller angefragt hat, ob die Mitglieder des Gemeinderates bereit wären, anlässlich des nächsten „Frauenfaschings“ mitzuwirken.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 01. 02. 2007 wurden keine Einwendungen erhoben:

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.30 Uhr.

.....

(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....

(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende bezeugt hiermit, daß gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom ..... 2007 keine Einwendungen erhoben wurden - über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluß gefaßt wurde.

Niederthalheim, am ..... 2007

Der Vorsitzende:

.....